



**Sozialdemokratische Partei  
des Kantons Bern**

**Mediendokumentation**

**Legislaturziele 2006-2010**

**Medienkonferenz der SP/JUSO-Grossratsfraktion**

**Donnerstag, 17. August 2006**

## **Text von Margreth Schär, Fraktionspräsidentin**

Es gilt das gesprochene Wort

### **Fortschritt und soziale Gerechtigkeit**

Wie es schon Tradition ist, lädt die SP-Grossratsfraktion am Anfang der Legislatur zur Präsentation ihrer Legislaturziele ein. Heute stellen wir Ihnen die Legislaturziele der SP/JUSO- Grossratsfraktion für die Jahre 2006-2010 vor.

Wir sind unter ganz neuen Vorzeichen in diese Legislatur gestartet. Die Wahlen waren für uns ein grosser Erfolg, die SP stellt neu drei Mitglieder des Regierungsrates und zusammen mit den Grünen haben wir sogar eine rot-grüne Mehrheit. Die Wählerinnen und Wähler haben unsere fortschrittliche Politik der letzten Jahre honoriert. Es gibt im Kanton Bern eine Alternative zu den Bürgerlichen.

Das bedeutet für die Grossratsfraktion grundsätzlich von Seiten Regierung mehr Sympathie und besseres Verständnis unserer rot-grünen Anliegen. Die Erwartungen sind gross, es gilt nun für die SP/JUSO- Fraktion konstruktiv mit der Regierung einen fortschrittlichen, sozialen und ökologischen Kanton Bern zu gestalten.

Um dieses Ziel zu erreichen brauchen wir die Unterstützung des Grossrats. Auch hier haben wir eine neue Ausgangslage. Rot-Grün-Mitte bilden die eine Hälfte und die Bürgerlichen die andere Hälfte des Rates. Die bürgerlichen Parteien haben nicht mehr die absolute Mehrheit. Dieser Umstand wird zu wechselnden Koalitionen führen, einzelne Stimmen können sehr wichtig werden, die besseren Argumente unter Umständen entscheidend dafür sein, welche Beschlüsse gefällt werden. Diese Ausgangslage wollen wir von der SP/JUSO- Fraktion nutzen, die Chance, dass wir für uns wichtige Anliegen eine Mehrheit finden können, hat sich deutlich verbessert.

Nachhaltige Entwicklung und Chancengleichheit werden die Politik der SP/JUSO-Fraktion in den nächsten vier Jahren prägen. Die ersten Zeichen wurden in der Juni-Session bereits gesetzt.

Der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, der Ausstieg aus der Atomenergie und das AusländerInnen Stimm- und Wahlrecht, um nur drei Beispiele zu nennen, sind Anliegen, die von der SP seit vielen Jahren mit Hartnäckigkeit und Engagement verfolgt werden. Sie sollen nun grössere Beachtung bekommen und einem Erfolg näher gebracht werden.

## **Text von Bernhard Antener, Vizepräsident der SP/JUSO-Grossratsfraktion**

Es gilt das gesprochene Wort

### **Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung für einen sozialen und ökologischen Kanton Bern**

Andere Mehrheitsverhältnisse zwingen auch in der Finanz- und Steuerpolitik zu neuen Positionsbezügen. Die SP/JUSO-Fraktion ist bereit, auch in der Finanzpolitik Verantwortung zu übernehmen. Wir sprechen uns in den Legislaturzielen für ausgeglichene Budgets und Rechnungen und damit für eine stetige Verringerung des Bilanzfehlbetrages aus. Das heisst aber nicht, dass wir jetzt bürgerliche Positionen übernehmen. Die Schuldenbremse lehnen wir als unnötiges abstraktes finanzpolitisches Korsett weiterhin ab. Wir sind auch der Auffassung, dass die vorhandenen Instrumente und Möglichkeiten genügen, um die Verschuldung ohne Sparpakete weiter in einem vernünftigen Ausmass reduzieren zu können. Die Politik und damit konkret das Parlament muss sagen, wo es Schwerpunkte bei der Aufgabenerfüllung und bei einer Aufgabenüberprüfung setzen will. Es muss definieren, was ihm wichtig ist. Ein abstrakter Verfassungsartikel ist bei dieser Thematik das falsche Instrument.

Die SP/JUSO-Fraktion steht auch weiterhin dazu, dass der Nettogewinn aus dem NFA in Form von Steuersenkungen zur Eliminierung bzw. Reduktion des Mittelstandsbuckels eingesetzt wird und Familien mit Kindern zugute kommt. Wobei es uns wichtig ist, dass die NFA-Übung nicht zu einem Sparpaket gerade auf dem Buckel der Behinderten verkommt. Wir erwarten, dass für die neu durch den Kanton wahrzunehmenden Aufgaben genügend Mittel eingesetzt werden.

In der Wirtschaftspolitik haben wir eine neue Ausgangslage, indem nun ein sozialdemokratisches Mitglied der Volkswirtschaftsdirektion vorsteht. Wir haben keine fundamental neuen Thesen formuliert, sehen aber doch gute Chancen, dass unser Gedankengut künftig mehr in Entscheidungen einfließen wird, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Wir verstehen Wirtschaft und Wirtschaftsförderung ganzheitlich. Für uns beinhaltet dies eine verstärkte Verbindung zwischen Hochschulen, Forschung und Wirtschaft. Für uns bezieht sich die Wirtschaftsförderung auch auf die Bereiche Kultur oder den Ausbau familienergänzender Angebote in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft.

Bei den Themenbereichen Staat/Justiz/Sicherheit bleiben für uns verschiedene Reformvorhaben wichtig und zentral. Als erstes geht es sicher um die in Kürze anstehende Bezirksreform, aber auch die Justizreform oder das Projekt Agglomerationsstrategie und regionale Zusammenarbeit, welches jetzt dann in Gesetzesform gegossen wird. Strukturpolitik kann auch vor den Gemeinden nicht halt machen. Das Projekt Police Bern – Einheitspolizei wird unterstützt. Mit Vorstössen zum Ausländer- und Ausländerinnen-Stimmrecht oder zum Proporz für die Regierungsratswahlen sind wir schon aktiv geworden.

Dies wird in den kommenden Monaten auch in andern Bereichen der Fall sein. Aus den verschiedenen Forderungen bzw. Massnahmen werden Vorstösse formuliert, aber auch die SP/JUSO-Haltung bei anstehenden Gesetzesvorlagen definiert.

## **Text von Flavia Wasserfallen, Vizepräsidentin der SP/JUSO-Grossratsfraktion**

Es gilt das gesprochene Wort

### **Bildung – der wichtigste Rohstoff für einen zukunftsgerichteten Kanton Bern**

Bildung ist der wichtigste Rohstoff im Kanton Bern und hat für die SP/JUSO-Fraktion höchste Priorität. Ein gutes Bildungswesen ist einerseits eine Investition in die Zukunft und bedeutet andererseits einen Standortvorteil für den Wirtschaftsraum Kanton Bern.

Wir befinden uns auf einer bildungspolitischen Baustelle, welche die Stop-and-go-Politik der letzten Jahre hinterlassen hat. Die SP/JUSO-Fraktion will Ruhe und Konstanz in das Bildungswesen bringen, damit sich neue Strukturen konsolidieren können. Die Basis besteht mit der kantonalen Bildungsstrategie, welche die SP/Juso-Fraktion in weiten Teilen unterstützt. Ihre Umsetzung werden wir in der folgenden Legislatur kritisch verfolgen und vorantreiben.

Die SP/JUSO-Fraktion setzt in erster Linie auf eine starke und qualitativ hoch stehende öffentliche Schule, denn nur diese kann Chancengerechtigkeit gewährleisten. Aus diesem Grund wehren wir uns gegen jegliche Privatisierungsgelüste der bürgerlichen Seite.

Die SP/JUSO-Fraktion fordert in Form einer bereits eingereichten Motion die rasche und flächendeckende Einführung von Tagesschulen. Tagesschulen leisten nicht nur einen entscheidenden Beitrag zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern erfüllen auch einen wichtigen Bildungsauftrag, sind Teil der Schulentwicklung und verbessern die Bildungschancen.

Durch den bevorstehenden SchülerInnenrückgang werden finanzielle Mittel frei. Diese müssen weiterhin im Bildungsbereich eingesetzt werden, vornehmlich zur Verbesserung der Qualität und zur Erfüllung des Integrationsauftrages der Volksschule.

Bern ist neben Zürich der einzige Kanton mit einer Volluniversität und einer Fachhochschule. Die SP/JUSO-Fraktion wird sich in der kommenden Legislatur dafür einsetzen, dass die Institutionen im Hochschulbereich über genügend finanzielle Mittel und Autonomie verfügen, um den Qualitätsansprüchen gerecht zu werden und im nationalen und internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können.

## **Auf dem Weg in eine nachhaltige Energieversorgung und umweltgerechte Mobilität**

Das Ziel der SP/Juso-Fraktion ist die 2000-Watt-Gesellschaft. Wir begrüßen, dass der Regierungsrat dieses Fernziel in die kantonale Energiestrategie aufgenommen hat. Es ist möglich den heutigen Energieverbrauch von durchschnittlich 6000W auf das Niveau der 60er Jahre zu senken, d.h. auf 2000W.

Der Verbrauch an fossilen Energieträgern verursacht klimaschädigende Emissionen. Die Folgen davon sind im Winter bei starker Feinstaubbelastung oder an Veränderungen im sensiblen Alpenraum bereits zu spüren. Die SP/JUSO-Fraktion fordert, dass der Kanton Bern seinen Beitrag zur Einhaltung der Kyoto-Ziele beisteuert und dem gesamtschweizerischen Trend des Energieverbrauchsanstieges entgegenwirkt. Die Erhöhung der Energieeffizienz, die Senkung des Strombedarfes (im Gebäudebereich liegt ein enormes Sparpotenzial) und einen erheblichen Zubau erneuerbarer Energien müssen im Kanton Bern vorangetrieben werden. Die Förderung von erneuerbaren Energieträgern wie Holz, Biomasse und Umgebungswärme machen nicht nur Sinn, weil sie im Kanton verfügbar sind, sondern weil sie auch die regionale Wirtschaftskraft und die Zukunft der Landwirtschaft positiv beeinflussen können.

Mit steuerlichen Anreizen, gesetzlichen Vorschriften und geeigneten Förderinstrumenten soll der Kanton Bern zeigen, dass die Abhängigkeit von fossilen und atomaren Primärenergieträgern aufgelöst werden kann. Die SP/JUSO-Fraktion hat bereits in der Junisession Vorstösse zum Ausstieg aus der Atomnutzung, zur Einhaltung Luftreinhalte-Verordnung und zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer eingereicht.

Die SP/JUSO-Fraktion fordert den Stopp von Baulanderschliessungen und Einzonungen in ungenügend mit öffentlichem Verkehr erschlossenen Gebieten. Die anhaltende Zersiedelung ist energie-, verkehrs- und wirtschaftspolitischer Unsinn ist. Die SP/JUSO-Fraktion fordert eine Siedlungsentwicklung nach innen und die verdichtete Bauweise.

## Text von Margreth Schär, Fraktionspräsidentin

Es gilt das gesprochene Wort

# Integration - der Schlüssel zu mehr Lebensqualität für Alle

„Der Entwicklungsgrad einer Gesellschaft wird anhand ihrer Bereitschaft und ihren Bemühungen für die **Integration** aller Bevölkerungsschichten gemessen.“

Um einen hohen Entwicklungsgrad der Integration bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen, haben wir im Kanton Bern Nachholbedarf. In drei Bereichen will sich die SP/JUSO- Fraktion speziell engagieren.

Besonderes Augenmerk schenken wir der Umsetzung des Neuen Finanzausgleichs (NFA) im Bereich, der die Menschen mit einer Behinderung betrifft. Bisher wurden die Institutionen über die IV, das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), finanziert, also über den Bund. Neu sollen die Kantone ihre Institutionen selber finanzieren. Die Unsicherheit darüber, ob die Kantone die vom Bund zu erwartenden Mittel auch wirklich für die Behinderteninstitutionen einsetzen werden, hat bekanntlich dazu geführt, dass die Behindertenorganisationen und auch viele SP-Mitglieder den NFA ablehnten. Die SP-Kanton Bern hat das Versprechen abgegeben, dafür zu sorgen, dass der Behindertenbereich, die ihm zustehenden Mittel aus dem NFA bekommt. Dieses Versprechen werden wir einlösen. Die Überführung der Aufgaben vom Bund zum Kanton darf für Menschen mit einer Behinderung nicht zu finanziellen Kürzungen führen. Ausserdem sollen neue Möglichkeiten zur Integration von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen der Gesellschaft geprüft werden.

Die hohen Kosten bei der Sozialhilfe, die erwiesenermassen daher kommen, dass die Anzahl ausgesteuerter Arbeitsloser nach wie vor sehr hoch ist, haben dazu geführt, dass die Sozialhilfe unter grossem politischen Druck steht. Deshalb braucht die individuelle Sozialhilfe unsere besondere Aufmerksamkeit. Neu soll mit Anreizen und Sanktionen gesteuert werden. Wir sind nicht grundsätzlich gegen dieses System. In wenigen Fällen kann das sehr wohl zu Lösungen führen. Wenn aber keine oder viel zu wenige Anreizmöglichkeiten, sprich Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, dann führt das neue System zu allgemeinen Kürzungen der individuellen Budgets und das können wir nicht akzeptieren. Es braucht vermehrte Anstrengungen zur Integration von der Sozialhilfe abhängigen Personen.

Obschon die Zahlen der neuen Asylbewerber rückläufig und unspektakulär sind, wird uns der Asylbereich in nächster Zeit sehr stark beschäftigen. Der Bund zieht sich aus der Verantwortung und den Kantonen entstehen hohe Kosten, wie bereits geschehen im Bereich der Personen mit Nichteintretensentscheid (PNEE). Die vom Bundesamt für Migration (BFM) gemachten Erhebungen zeigen deutlich, dass ein grosser Teil der PNEE nicht ausreisen und ihr Aufenthalt nicht bekannt ist. Es wird erwartet, dass

die Anzahl der *Sans Papier*, die unter menschenunwürdigen Umständen in der Schweiz leben, zunehmen wird. Es reicht nicht mehr, dass wir uns wie bisher im Asylbereich auf die Bundespolitik abstützen. Der Kanton Bern muss eine selbständige Asylpolitik entwickeln, die es nicht zulässt, dass Menschen jegliche Unterstützung vorenthalten werden kann.



## **Text von Nadine Masshardt, SP/JUSO-Grossrätin**

Es gilt das gesprochene Wort

### **JUSO-Legislaturziele 2006-2010**

Wir wollen unsere Zukunft mitgestalten. Seit 1997 ist die JUSO Kanton Bern mindestens mit einem Mitglied im Grossen Rat vertreten. Dies hat bisher keine andere Jungpartei geschafft. Die gewählten JUSO-Grossrätinnen haben in diesen Jahren im Kanton Bern viel bewirkt und politisieren noch heute erfolgreich und engagiert; Ursula Wyss und Evi Allemann als Nationalrätinnen, Ursula Wyss zudem als neue Fraktionspräsidentin, Mirjam Bütler als persönliche Mitarbeiterin des Bundespräsidenten Moritz Leuenberger und Flavia Wasserfallen als Vize-Fraktionspräsidentin im Grossen Rat. Die glaubwürdige und aktive Politik, welche die JUSO-Mitglieder im Grossen Rat verfolgten, muss weitergeführt werden. Auch in der neuen Legislatur ist die JUSO im Grossen Rat vertreten. Ich bin jedoch nicht die einzige junge SP-Politikerin im Grossen Rat. Neben mir repräsentieren auch Flavia Wasserfallen, Andrea Zryd und Patric Bhend die jüngere Generation. Die SP Kanton Bern darf auf eine erfolgreiche Jugendförderung zurückblicken. Als einzige Jungpartei kann die JUSO die Interessen und Bedürfnisse der jungen Generationen in den Grossen Rat einbringen. Dies waren Argumente, welche die SP-Fraktion dazu bewegte ihren Namen in SP/JUSO-Fraktion umzubenennen. Die JUSO zeigt sich sehr erfreut und bestätigt in ihrem Engagement. Wir freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit – jetzt unter dem neuen Namen: SP/JUSO-Fraktion.

Generell setzt sich die JUSO für eine ausgewogene Politik von Jung bis Alt, Frau und Mann ein. Wir wünschen uns ein optimales Bildungsangebot, das für alle zugänglich ist; genügend Lehrstellen; eine Gesellschaft, die Sorge zu ihrer Umwelt trägt; ihre Verantwortung gegenüber der Zukunft wahrnimmt und handelt; einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs; zufriedene Familien und Lehrpersonen und ein friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen.

Als Jungpartei weisen unsere Legislaturziele spezifische Ziele auf, die für junge Menschen besonders aktuell sind. Viele Ziele decken sich jedoch auch mit den Zielen, welche wir in der SP/JUSO-Fraktion erarbeitet haben. Diese werde ich nun nicht speziell betonen, sondern mich auf die Ergänzungen konzentrieren. Ich werde kurz einzelne Ziele beleuchten:

#### **A. Jugendliche und ihr Umfeld**

**Stimmrechtsalter 16:** Jugendliche müssen mit 16 Jahren wichtige Entscheide fällen und tragen die Verantwortung für ihre Lebensgestaltung, für ihre Zukunft. Sie haben mit 16 Jahren die obligatorische Schulzeit abgeschlossen. Sie tragen juristisch in vielen Bereichen Rechte und Pflichten. Wenn es jedoch um die Mitbestimmung und Zukunftsgestaltung auf politischer Ebene geht, misst man den Jugendlichen ein tieferes Verantwortungsbewusstsein bei und hält sie von der Ausübung eines der zentralen Grundrechte fern. Das muss sich ändern!

**Extremismus, Gewalt und Vandalismus:** Dies sind Schlagwörter, welche das heutige gesellschaftliche Leben mitprägen. Die Schulen sollen beauftragt werden, gemeinsam mit den Partnern des öffentlichen Raumes die Thematik Vandalismus, Gewalt und Rassismus zu thematisieren und Projekte wie *Peacemaker* zu lancieren. Der Kanton Bern ist zudem aufgefordert, eine breite Kampagne zur Bekämpfung von Extremismus, Gewalt und Rassismus zu lancieren.

## **B. Für eine zukunftsweisende Verkehrs- und Energiepolitik**

**Gleis 7 im ganzen Kanton Bern:** Dieses Thema hat die JUSO bereits im Wahlkampf thematisiert. Im April reichte ich meinen ersten Vorstoss ein – Gleis 7 im ganzen Kanton. Das Gleis 7 hat das grosse Potential, Jugendlichen die Vorteile des öffentlichen Verkehrs aufzuzeigen. Es ist kostengünstig und dann gültig, wenn die meisten jungen Menschen unterwegs sind, um die Freizeit zu geniessen. Durch den Umstieg vom individuellen Verkehrsmittel auf den öffentlichen Verkehr können zudem Junge angesprochen werden, die bekanntermassen zu einer Risikogruppe im Strassenverkehr gehören, was die Sicherheit auf der Strasse erhöht.

**Bern ohne Atom:** Uns jungen Menschen ist ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen ein grosses Anliegen. Wir müssen die Verantwortung wahrnehmen und auf Alternativen setzen. Eine zukunftsweisende Energiepolitik heisst: Energieverbrauch senken und Umsteigen auf erneuerbare Energieformen. Die Atomtechnologie ist keine Technologie für die Zukunft. Wir fordern, dass das AKW Mühleberg bis spätestens 2012 stillgelegt wird.

## **C. Chancengleichheit in der Bildung – Gute Bildung für alle**

**Gegen Jugendarbeitslosigkeit – Lehrstellen für alle:** Die Lehrstellenstatistik 2006 erschreckt erneut. Im Juni 2006 wussten fast 1000 Jugendliche im Kanton Bern nicht, wie es nach ihrem Schulaustritt weitergehen soll. Das sind 7,5%, 1,5% mehr als im letzten Jahr. Die JUSO Kanton Bern forderte den Regierungsrat im März mittels Petition dazu auf, ein Gesetz für einen kantonalen Berufsbildungsfonds auszuarbeiten. Lehrstellen für alle – dies ist das Ziel der JUSO.

## **D. Ein sozialer Kanton Bern**

**Krippenplätze für alle:** Der Kanton braucht dringend mehr Krippenplätze, denn auch Eltern, die sich keine private Tagesstätte leisten können, sollen einen Platz für ihr Kind finden! Kinder dürfen kein Armutrisiko sein. Tagesstätten müssen einkommensabhängige Elternbeiträge verlangen.

## **E. Ein gesunder und ökologischer Kanton, der seine Aufgaben und Verantwortung wahrnehmen kann**

**Keine weiteren Sparmassnahmen im Bildungsbereich und der Kultur:** Die JUSO bekämpft rigoros alle Sparmassnahmen im Bildungswesen zu Lasten der Auszubildenden. Wir müssen in die Zukunft investieren! Die Kultur trägt eine wichtige Aufgabe. Sie ist das Aushängeschild von identitätsstiftenden Gruppen und muss gefördert werden.

**Ökosteuer:** In den letzten Jahren sind in verschiedenen Ländern neue, ökologisch begründete Abgaben hinzugekommen. Durch eine erhöhte Steuerbelastung des Energieverbrauchs sollen dieser und die daraus folgenden schädlichen Auswirkungen auf Umwelt und Klima begrenzt werden. Die JUSO setzt sich für eine Lenkungsabgabe auf Energie ein, wie sie im Kanton Basel-Stadt bereits seit mehreren Jahren erfolgreich angewandt wird.

Weitere Ziele finden Sie in der Beilage. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.